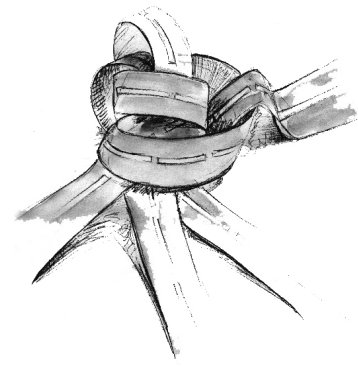


Bürgerinitiative

B 101



Die Bürgerinitiative trifft sich jeden 1. Mittwoch um 20 Uhr (oder nach Vereinbarung) im Gemeindehaus der Ev. Dorfkirchengemeinde, Alt-Lankwitz 15, Berlin-Lankwitz, Bus 181, Langkofelweg

Berlin, den 14.11.03

An den Senator für Stadtentwicklung , Herrn Strieder,
Am Köllnischen Park 3, 10179 Berlin-Mitte

Sehr geehrter Herr Senator Strieder,

Die Bürgerinitiative B 101 ist einerseits zwar zufrieden, dass mit dem ersatzlosen Verzicht auf den Straßenneubau zwischen Kamenzer und Steglitzer Damm ein wichtiges Ziel erreichbar geworden ist, andererseits alarmieren uns neue verkehrspolitische Entwicklungen, besonders beim Güterverkehr, in höchstem Maße.

Selbstverständlich ist es erfreulich, wenn nun mit der unmittelbar bevorstehenden Verabschiedung der Flächennutzungsplan-Änderung im Berliner Abgeordnetenhaus eine stadtstrukturelle Todsünde vermieden und auf die Zerstörung von intakten Wohnquartieren in Lankwitz und Südende definitiv verzichtet wird. Aber wir haben auch immer wieder darauf hingewiesen, dass es großer Anstrengungen und eines ganzen Maßnahmenbündels bedarf, um die objektiv vorhandenen Verkehrsprobleme im Berliner Süden in den Griff zu bekommen.

Das Ergebnis der Erarbeitung des Stadtentwicklungsplanes Verkehr hat diese Einschätzung bestätigt. Es gibt keinen „Königsweg“ und schon gar nicht kann der unglaubliche Vorschlag, den Straßenverkehr gebündelt in einem über zwei km langen, zusätzlichen Autoverkehr induzierenden Tunnel unter Lankwitz und Südende „durchzuschleusen“, ein zukunftsfähiger Lösungsansatz sein.

Mehrfach hat die Bürgerinitiative B 101 andere Entlastungsmaßnahmen angemahnt:

z.B. im Bereich des Personennahverkehrs (S-Bahn- und Regionalbahnausbau Berlin -Teltow, Siedlungerschließung mit ÖPNV, Park and Ride - Plätze), Anbindung des Güterverkehrszentrums Großbeeren an das Eisenbahnnetz in Richtung Berlin (Anhalter Bahn), Entwicklung alternativer logistischer Konzepte (City-Logistik), Verteilung des Autoverkehrs durch Anbindung des Schichauweges, Fahrradrouen zugunsten des Freizeitverkehrs etc. etc. etc.

Bürgerinitiative B 101

Email: bib101@lankwitz.de
Internet: www.lankwitz.de/b101

Spendenkonto:

Bürgerinitiative B 101
Berliner Sparkasse
Konto: 124 104 98 03
BLZ 100 500 00

Forderungen der Bürgerinitiative:

- **Verlagerung entbehrlichen Straßenverkehrs auf attraktiven öffentlichen Personen- und Güterschienerverkehr**
- **Rasche Fertigstellung der S-Bahnverbindung nach Teltow-Stadt**
- **Vollständige Anbindung des GVZ Großbeeren an das Eisenbahnnetz, u.a. durch Ausbau der Anhalter Bahn für den Güterverkehr mit Verbindung zu den Subzentren am inneren Ring**
- **Einrichtung einer City-Logistik mit besonderer Berücksichtigung des Schienenverkehrs**
- **Schaffung von Fahrradrouen, besonders zugunsten des Freizeitverkehrs**
- **Bau des S-Bahnhofes Kamenzer Damm**

All das ist auch in Absichtserklärungen aufgegriffen, aber nichts davon ist bisher wirklich angepackt worden. Und sage niemand, es seien bei den Maßnahmen **andere** (Land Brandenburg, Bahn AG usw.) zuständig, Berlin könne kaum etwas bewirken. Ein schlimmeres Armutszeugnis könnte kaum ausgestellt werden! Aber es ist noch nicht zu spät, sich massiv für innovative, zukunftssträchtige Lösungen zugunsten Berlins einzusetzen und sich dafür stark zu machen.

Drängendster Fall, der massives Eingreifen des Senates, d.h. von Ihnen als Stadtentwicklungssenator erfordert, ist die in letzter Zeit publik gewordene Absicht der Bahn AG (DB Cargo), den Güterumschlag vom Hamburg-Lehrter Güterbahnhof (HuL) ersatzlos nach Großbeeren vor die Tore unserer Stadt zu verlagern. Abgesehen davon, dass ein solches Vorgehen ein bruscher Schlag gegen das bisherige Senatskonzept ist, Güterverkehrssubzentren (ehem. Güterbahnhöfe) innerhalb Berlins in ein Logistikkonzept einzubeziehen, wird auch die eingeleitete Entwicklung des Standortes „Westhafen“ konterkariert.

Und was tut der Senat? Offensichtlich lässt er die Lore laufen. Anders können wir Pressemitteilungen nicht verstehen, in denen Sie die Bahnpläne als rein „unternehmerische Entscheidungen, die im übrigen seit langem geplant sind“, bezeichnen (**Berliner Morgenpost** vom 20.6.03). Wollen Sie tatsächlich einem dramatischen Anstieg des LKW-Verkehrs im Süden unserer Stadt - und darüber hinaus - tatenlos zusehen? Ziel eines verantwortungsvollen stadtplanerischen Handelns für Berlin sollte es doch vielmehr sein, entbehrliche LKW-Fahrten grundsätzlich zu vermeiden. In dieser Hinsicht erscheint uns die Errichtung eines ersten leistungsfähigen Güterverkehrssubzentrums am Westhafen als einzige vernünftige Lösung, zu der es keine Alternative gibt. Dieses könnte die verschiedenen Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasser an einem zentralen Standort innerhalb der Stadt auf hervorragende Weise miteinander verknüpfen. Möglicherweise sollten dabei auch private Schienenverkehrsunternehmen in die Planungen einbezogen werden.

Herr Senator Strieder, wir erhoffen vom Berliner Senat und von Ihnen persönlich ein energisches Eingreifen zur Abwehr der egoistischen Pläne der Bahn AG und zur Durchsetzung eines umweltfreundlichen, stadtverträglichen Güterverkehrskonzepts. Die Pläne der Bahn AG dagegen bedeuten in den Konsequenzen für unsere Stadt nichts weiter als eine weitere Öffnung von Schleusen zugunsten des Autoverkehrs - Pläne, deren Auswirkungen nach unserer Auffassung in jedem Falle gegen die Interessen Berlins gerichtet sind.

Wir erwarten mit Spannung eine Antwort von Ihnen
als dem Träger der politischen Verantwortung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

P. Stuhrberg